

Scholz wollte wohl bis zuletzt keine Leopard 2 liefern

Hinweise deutscher Aussenpolitiker bringen das Bild des weitsichtigen Strategen im Kanzleramt ins Wanken

MARCO SELIGER, BERLIN

Am Tag nach seiner Entscheidung, Kampfpanzer in die Ukraine zu schicken, gab sich Olaf Scholz als gewiefter Stratege. Er habe nicht gezögert und gezögert, so wie es ihm die Gegner seines Kurses immer wieder vorgeworfen hätten, erklärte er. Vielmehr sei alles einem langfristigen Plan gefolgt, über den er sich vertrauensvoll mit Washington und Paris sowie den Partnern in der Berliner Koalition abgestimmt habe. Nun lassen drei Hinweise die Folgerung zu, dass diese Darstellung so möglicherweise nicht stimmt. Vielmehr scheint es so, als sei Scholz bis zuletzt nicht gewillt gewesen, Leopard-2-Panzer zu liefern, und als habe er sich dadurch selbst in eine Zwangslage manövriert.

Einer der Hinweise ist ein vertrauliches Gespräch der NZZ mit zwei einflussreichen Aussenpolitikern, einer aus der Regierungskoalition, der andere aus der Opposition. Beide bestehen auf Anonymität, weil das, was sie unabhängig voneinander sagen, brisant ist. Danach habe US-Präsident Joe Biden Mitte Januar den CIA-Chef William J. Burns beauftragt, die Bereitschaft in Kiew und Moskau zu Verhandlungen auszuloten. Das Angebot an Kiew habe gelaute: Frieden gegen Land, das Angebot an Moskau: Land gegen Frieden. Bei dem «Land» soll es sich um ungefähr 20 Prozent des ukrainischen Territoriums gehandelt haben. Das ist etwa die Grösse des Donbass. Beide Seiten, berichten die beiden Politiker, hätten abgelehnt.

Langwierigen Krieg vermeiden

Brisant sind diese Aussagen, weil sie einen indirekten Einblick in die Ansichten im Weissen Haus zum Zeitpunkt des Auftrags an Burns geben. Biden habe nach Auskunft der beiden deutschen Aussenpolitiker einen langwierigen Krieg in der Ukraine vermeiden wollen und sei bereit gewesen, Teile des Landes preiszugeben. Wenn diese Darstellung stimmt, wäre Biden mit seiner Haltung in Washington nicht allein. Eine neue Studie der Rand Corporation («Avoiding a long war»), eines renommierten amerikanischen Think-Tanks, kommt zu dem Schluss, dass «die Vermeidung eines langen Krieges für die Vereinigten Staaten eine höhere Priorität» habe, als der Ukraine «die Kontrolle ihres gesamten Territoriums» zu ermöglichen.

Nachdem Burns mit seiner diplomatischen Mission in Kiew und Moskau, so die beiden deutschen Quellen, gescheitert sei, habe Präsident Biden entschie-



Ein Leopard 2 bei einer Vorführung anlässlich des Besuchs von Boris Pistorius am Mittwoch in Augustdorf.

FRIEDEMANN VÖGEL / EPA

den, dem Drängen des deutschen Kanzlers nachzugeben und die Lieferung von Kampfpanzern Abrams zu genehmigen. Ursprünglich habe es Biden bei einer dreistelligen Zahl von Schützenpanzern und anderen Waffen belassen wollen. Die Kampfpanzer hätten demnach allein die Europäer liefern sollen.

Scholz hat damit, wenn die Berichte zutreffen, wohl nicht gerechnet, womit Hinweis Nummer zwei ins Spiel kommt. Am späten Nachmittag des 24. Januars, am Tag der Panzer-Entscheidung des deutschen Kanzlers, verschickte das Auswärtige Amt in Berlin an alle Auslandsvertretungen eine offizielle Sprachregelung für Diplomaten. Unter der Überschrift «Lines to take: Lieferung von Leopard-Panzern für die UKR» führte das Ministerium der Grünen-Politikerin Annalena Baerbock aus, dass «die Bundesregierung zur Frage der Lieferung von Kampfpanzern aus Deutschland noch keine Entscheidung getroffen» habe. Das Papier ist als Verschlusssache eingestuft und liegt der NZZ vor.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die amerikanische Regierung längst durch-

sichern lassen, Abrams-Kampfpanzer in die Ukraine liefern zu wollen. Auch Olaf Scholz muss seine Entscheidung bis dahin bereits getroffen haben, darauf lässt der Zeitpunkt der ersten Meldung hierzu schliessen. Anderthalb Stunden nach der Mitteilung des Auswärtigen Amts an seine Botschaften und Konsulate gab es erste Berichte zum Beschluss des Kanzlers, Leopard-2-Panzer in die Ukraine zu entsenden. Daraufhin musste das Ministerium von Baerbock die Sprachregelung wieder zurückziehen.

Der Vorgang lässt zwei Schlüsse zu. Erstens: Baerbock wusste offenbar nichts von der Entscheidung im Kanzleramt. Scholz hat sie allem Anschein nach getroffen, ohne die wichtigsten Vertreter seiner Koalitionspartner rechtzeitig ins Bild zu setzen. Dies wiederum wäre, zweitens, ein Anzeichen dafür, dass Scholz von den Ereignissen in Washington überrascht wurde. Demnach spekulierte der deutsche Kanzler wohl darauf, dass er um eine Kampfpanzer-Lieferung herumkommen würde. Als sich Biden dann anders entschied, musste Scholz seine Haltung in kurzer Zeit ändern.

Seine Erzählung von einem langfristigen, mit Washington und Paris abgestimmten Plan wirkt fragwürdig. Amerikanische Medien berichteten, dass Biden bis zum Schluss der Ansicht war, Deutschland und andere Europäer sollten Kampfpanzer liefern, während die USA Schützenpanzer schicken.

Schliesslich gibt es noch einen dritten Hinweis, der die Lesart des Berliner Kanzleramts vom diplomatischen Raffinement des Olaf Scholz anzweifeln lässt. Initiiert hat ihn der christlichdemokratische Abgeordnete Nicolas Zippelius. Er hatte das Verteidigungsministerium gefragt, ob die Bundesregierung im vergangenen Jahr die Verfügbarkeit von Panzern für mögliche Lieferungen an die Ukraine geprüft habe. Vorausgegangen war die Aussage des neuen Verteidigungsministers Boris Pistorius am Rande eines Treffens der Ukraine-Unterstützer in Ramstein am 20. Januar, er wisse derzeit nicht, wie viele Panzer überhaupt einsatzbereit seien.

In seiner Antwort schrieb das Verteidigungsministerium, es sei «keine umfassende und detaillierte Prüfung der

Verfügbarkeit der Bestände der Bundeswehr von Kampfpanzern sowie von Schützenpanzern im Kontext möglicher Lieferungen an die Ukraine» erfolgt. Die Begründung lautete, es habe «unter den Unterstützerstaaten der Ukraine keine gemeinsame Positionierung für eine mögliche Lieferung der genannten Waffensysteme» gegeben.

Panzerbestände nicht bekannt

Elf Monate nach Kriegsbeginn will das deutsche Verteidigungsministerium erstmals seinen Bestand an Kampf- und Schützenpanzern ermittelt haben? Unionspolitiker wollen das nicht glauben und äussern den Verdacht, das Kanzleramt habe dem Verteidigungsministerium verboten, eine Lieferung von Panzern an die Ukraine auch nur zu planen. «Scholz wollte bis zuletzt nicht liefern, weil er fest davon ausging, dass auch die Amerikaner keine Kampfpanzer schicken», heisst es dazu aus der Union. Dadurch sei ein Imageschaden

Biden habe einen langwierigen Krieg in der Ukraine vermeiden wollen und sei bereit gewesen, Teile des Landes preiszugeben.

entstanden, vor dem Deutschland durch eine strategische Kultur der Vorausschau und des partnerschaftlichen Miteinanders der Bundesregierung hätte bewahrt werden können.

Der gesamte Vorgang lässt Deutschlands Kanzler in einem schlechten Licht dastehen. Es ist nicht nur so, dass die Panzer-Entscheidung von Scholz überstürzt wirkte. Es ist auch so, dass er sich durch die Entscheidung in Washington wohl gedrängt sah, mit dem Leopard 2A6 innerhalb der nächsten zwei Monate einen der modernsten Kampfpanzer aus dem Bestand der Bundeswehr zu liefern. Damit wird eine weitere Lücke in die deutsche Verteidigungsfähigkeit gerissen.

Die Amerikaner indes teilten erst nach der deutschen Entscheidung mit, was genau sie zu liefern beabsichtigten. Es werde sich um 31 Abrams handeln, allerdings aus Depots. Es werde etwa ein Jahr dauern, bis diese Panzer überholt und einsatzbereit seien.

Die Niederlande sind bereit, Kampfjets zu schicken

Das grosse Engagement für die Ukraine hat nicht zuletzt mit der kollektiven Erinnerung an die Opfer des abgeschossenen Fluges MH17 zu tun

DANIEL STEINVORTH, BRÜSSEL

«Bis hier und nicht weiter» lautet die Devise des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz. Seinen Widerstand gegen die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine hat er aufgegeben, bei Kampfjets aber zieht er eine rote Linie. «Keine Tabus», tönt es dagegen aus den benachbarten Niederlanden.

Gefragt, ob die Regierung auch F-16-Flugzeuge liefern könnte, sagte der niederländische Aussenminister Wopke Hoekstra kürzlich während einer Parlamentsdebatte: «Wenn es eine Anfrage aus der Ukraine gibt, werden wir das auf jeden Fall prüfen.» Die Niederlande, so das Signal, wollen dabei sein, falls bei den Waffenlieferungen die nächste Stufe gezündet wird. Zwar hat bisher kein Nato-Staat der Ukraine eine feste Zusage für Kampfflugzeuge gemacht. Doch die Debatte ist längst im Gange.

Es brauche jetzt eine starke Kampfjetkoalition, schrieb der ukrainische Vizeausserminister und ehemalige Botschafter in Deutschland, Andri Melnik, auf Twitter. Ob amerikanische F-16 oder F-35, Eurofighter, Tornados, fran-

zösische Rafales oder schwedische Gripen – die Verbündeten sollten schicken, was sie könnten, findet Melnik.

Nach Angaben des niederländischen Verteidigungsministeriums besitzt das Land rund 40 F-16-Kampfjets, die in den kommenden Jahren durch fortschrittlichere F-35 ersetzt werden sollen. Dass ein Teil der bald ausgemusterten Flotte schon jetzt der Ukraine überlassen werden könnte, erscheint also machbar. Auch hat sich der amerikanische Hersteller Lockheed Martin bereit erklärt, die Produktion von F-16 hochzufahren, um mögliche Ausfälle der Verbündeten zu kompensieren, wie die «Financial Times» schreibt. Neben den Niederlanden besitzen sieben weitere europäische Nato-Staaten, unter ihnen Polen, Norwegen und Rumänien, F-16-Jets.

Rutte dämpft Erwartungen

Ministerpräsident Mark Rutte versuchte am Montag allerdings die Erwartungen ein wenig zu dämpfen. Nein, es gebe derzeit keine Anfragen für F-16, sagte er bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Frankreichs Präsident

Emmanuel Macron. Man müsse sich zudem klarmachen, dass die Kampfjets einen «wirklich grossen nächsten Schritt» darstellten.

Macron warnte vor einer Eskalationsgefahr und sagte, dass die Flugzeuge nur zur Verteidigung ukrainischen Territoriums eingesetzt werden dürften. Paris hat allerdings schon angeboten, bei der Ausbildung ukrainischer Piloten zu helfen. Eine Lieferung von französischen Rafale-Jets sei grundsätzlich auch nicht ausgeschlossen.

In einem Interview mit dem amerikanischen Sender CNN hielt Rutte fest, dass sein Land schon jetzt zur «Oberliga» jener Staaten gehöre, die Kiew unterstützen. Nachdem die Niederlande der Ukraine im vergangenen Jahr militärische Ausrüstung im Umfang von 1 Milliarde Euro geliefert haben, darunter mehrere Panzerhaubitzen 2000, soll sich die Hilfe in diesem Jahr auf 2,5 Milliarden Euro erhöhen.

Bereits zugesagt sind zwei Startanlagen für das Flugabwehrsystem Patriot mit dazugehörigen Raketen sowie 100 gepanzerte Fahrzeuge mit Flugabwehrkanonen. Darüber hinaus will

nun auch Den Haag der Ukraine 18 moderne Leopard-2-Kampfpanzer überlassen – eine Entscheidung, die erst fallen konnte, nachdem sich Deutschland in der Sache bewegt hatte.

Russland als direkte Bedrohung

Warum setzen sich die Niederländer so entschieden für die Ukraine ein? Der Sicherheitsexperte Tim Sweijs vom Centre for Strategic Studies in Den Haag sieht mindestens drei Gründe: Zum einen gehe es dem Land seit dem Zweiten Weltkrieg darum, als verlässlicher transatlantischer Verbündeter wahrgenommen zu werden. In der Aussenpolitik achte man zum anderen darauf, die internationale Rechtsordnung zu stärken. Dieses Ziel, so Sweijs, sei sogar in der Verfassung verankert.

Als wichtigster Grund aber dürfte wohl der Abschuss des Malaysia-Airlines-Fluges MH17 über der Ostukraine im Jahre 2014 gelten. Er hat dazu geführt, dass Russland von der breiten Bevölkerung als direkte Bedrohung angesehen wird. Bei der durch eine russische Rakete ausgelösten Tragödie kamen alle

298 Menschen an Bord ums Leben, wobei 198 der Opfer Niederländer waren.

Ein Gericht in Amsterdam verurteilte im November zwei ehemalige russische Geheimdienstoffiziere und einen ukrainischen Komplizen in Abwesenheit wegen Massenmordes zu lebenslanger Haft. Trotz erdrückenden Beweisen leugnet der Kreml weiter jegliche Verantwortung. «Der Abschuss von MH17 hat deutlich gemacht, dass der Konflikt in der Ukraine direkte Auswirkungen auf die Sicherheit der Niederlande hat», sagt Sweijs. Eine Mehrheit der Bevölkerung spreche sich deswegen auch für westliche Waffenlieferungen an Kiew aus.

Grösser als in anderen westeuropäischen Gesellschaften ist in den Niederlanden schliesslich auch die Bereitschaft, weiterhin ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen oder die Wirtschaftssanktionen gegen Russland mitzutragen, wie Umfragen zeigen. Dass die Niederlande bei den Kampfjets alleine vorsehen, ist undenkbar. Im Zusammenschluss mit anderen Verbündeten aber dürfte Den Haag nicht zögern, das letzte Tabu in der Waffenfrage zu brechen.